

Protokoll über die öffentliche Sitzung

des Gremiums: Beirat Blumenthal

am: 09.12.2013

**Ort: Aula des Schulzentrums Eggestedter Straße, Eggestedter Str. 20,
28779 Bremen**

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 21.52 Uhr

Sitzungsteilnehmer:

Beiratsmitglieder:

**Heiner Böcker
Nils Christahl
Dennis Klingenberg
Grete Klinkmüller
Gabriele Kröger-Schurr
Anke Krohne
Karen Nieschlag
Andreas Pfaff
Alex Schupp
Eike Schurr
Ralf Schwarz
Helma Stitz
Gisela Zimmermann**

Es fehlten:

**Peter Geis
Sascha Humpe
Hans-Gerd Thormeier**

Gäste

**Mathias Ehmke, Amt für Soziale Dienste
Bernd Klingbeil-Jahr, Pastor Friedenskirche Bremen
Ronald Meins, Polizeirevier Blumenthal**

**Ortsamtsleiter (OAL) Peter Nowack
Verwaltungsbeamtin (Protokoll) Heike Rohde
Verwaltungsbeamter Malte Wolpmann**

Tagesordnung:

1. (19:00 Uhr) Begrüßung und Eröffnung; Genehmigung der Tagesordnung
2. (19:05 Uhr) Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung sowie der nichtöffentlichen Sitzung vom 11.11.2013
3. (19:10 Uhr) Mitteilungen
 - a. aus dem Ortsamt
 - b. des Beiratssprechers

4. (19:20 Uhr) Wünsche und Anregungen aus dem Beirat
5. (19:30 Uhr) Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung
 - a. Einrichtung einer Anwohnerparkzone in der Lüder-Clüver-Straße
 - b. Veröffentlichung der Sachstandsberichte/Gutachten bzgl. der Umweltkontaminationen im Bereich des TL Farge
 - c. Masterplan für die Sanierung des TL Farge
 - d. "NS-Denk- und Informationszentrum Bremen-Blumenthal"
6. (19:40 Uhr) Projekt „Bildungsbrücke Blumenthal“
dazu: Bernd Klingbeil-Jahr(Friedenskirche Bremen), Bertold Frick (Kindergeldstiftung), Heike Binne
7. (20:15 Uhr) Kinder- und Jugendförderung im Stadtteil, Budgetplanung 2014
dazu: Mathias Ehmke (AfSD Bremen-Nord)
8. (20:40 Uhr) Flächennutzungsplan für Lüssum-Bockhorn (An der Landesgrenze)
dazu: Thomas Lecke-Lopatta (SUBV)
9. (21:00 Uhr) Anfragen und Anträge der Parteien
 - a. CDU – Sachstand zur möglichen Stilllegung des Tanklagers Farge
 - b. SPD – Für Blumenthal einen Kultur-Treffpunkt entwickeln
 - c. Die Linke – Anfrage zum "verkehrlichen Gutachten"
 - d. Die Linke – Antrag "Impulsmittel – Streichung von Stadtteil-Fördermitteln führt zur Verschärfung der sozialen Lage"
 - e. Die Linke – Antrag: Die U3-Betreuungsquote und die Anzahl an Plätzen mit einer Betreuungszeit von 8 Stunden muss in Blumenthal dringend ausgebaut werden
 - f. Die Linke – Anfrage bezüglich der Angebote zur Sprachförderung von Kindern in Blumenthal
 - g. Bündnis 90 / Die Grünen – Änderungsantrag zum SPD-Antrag "Kultur-Treffpunkt"
 - h. Bündnis 90 / Die Grünen – Antrag "Einschränkungen im Schienenverkehr des ÖPNV (NordWestBahn RS1)
 - i. Herr Klingenberg – Dringlichkeitsantrag zur Verwendung von Streusalz im Winter
10. (21:20 Uhr) Verschiedenes
11. Nichtöffentlicher Teil

TOP 1: Begrüßung und Eröffnung; Genehmigung der Tagesordnung

OAL Nowack eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er weist darauf hin, dass Herr Haneberg vom Haus der Zukunft e. v. die Beiträge zu TOP 6 filmen wird.

Dagegen werden keine Einwände erhoben.

Auf Nachfrage von Herrn Schurr erklärt Herr Nowack, dass die Anträge der Fraktionen gemäß ihrem Eingangsdatum in der Tagesordnung gelistet werden. Dennoch würden bei Behandlung des TOPs die Anträge, die zu denselben Themen gestellt worden sind, gemeinsam aufgerufen werden.

Auf Nachfrage von Frau Kröger-Schurr, ob Herr Lecke-Lopatta nicht zur Sitzung kommen würde und der TOP deshalb entfallen werde, erklärt Herr Nowack, dass Herr Lecke-Lopatta sich entschuldigen lasse, der TOP dennoch behandelt werde.

Daraufhin wird die Tagesordnung einstimmig genehmigt.

TOP 2: Genehmigung der Protokolle der öffentlichen Sitzung sowie der nichtöffentlichen Sitzung vom 11.11.2013

Frau Krohne erklärt, sie habe zum Protokoll einen Einwand eingereicht, der bereits per Mail abgelehnt worden sei. Sie werde daher in Zukunft immer die Protokolle ablehnen, weil diese stark geschönt seien.

Herr Nowack erklärt, dass mit dem Änderungsantrag gefordert wurde, nachträglich einen Satz wörtlich aus dem Tonbandprotokoll zu übernehmen. Leider könne der Beirat diesem Wunsch nicht nachkommen, da die Geschäftsordnung so etwas nicht zulasse.

In § 10 Abs. 6 lautet die Bestimmung „Jedes Beiratsmitglied kann **während** der Sitzung jederzeit verlangen, dass bestimmte Ausdrücke, Redewendungen oder Feststellungen im Wortlaut festgehalten werden“.

Daraus gehe eindeutig hervor, dass der Antrag gegen die Geschäftsordnung verstoße, weil dieses Verlangen nach der Sitzung gestellt wurde. Deshalb könne und dürfe er den Änderungsantrag nicht zur Abstimmung aufrufen.

Herr Schurr merkt an, dass die Protokolle nach bestem Wissen und Gewissen anzufertigen seien und dass die Tonbandaufnahme das beste Gewissen sei.

Frau Krohne ergänzt, Äußerungen von ihr und anderen würden immer wörtlich protokolliert werden, die des Ortsamtsleiters hingegen nicht. Sie vermutet, dass dahinter eine Methode stecke.

Herr Schwarz erinnert an die Vereinbarung im Beirat, dass über Protokolle nicht mehr diskutiert werden solle und fordert das Ende der Debatte.

Frau Krohne stimmt dem zu, da alle wissen würden, wie die Mehrheit von SPD und CDU funktioniere.

Es folgt die Abstimmung über die Protokolle.

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 11.11.2013 wird mit 10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung genehmigt.

Das Protokoll der nicht-öffentlichen Sitzung vom 11.11.2013 wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen genehmigt.

TOP 3: Mitteilungen

a. aus dem Ortsamt

b. des Beiratssprechers

a. Herr Nowack teilt folgendes mit:

- Am 03. September hatte Herr Nowack bei der Staatsanwaltschaft Bremen Anzeige wegen Volksverhetzung gegen das NPD-Wahlplakat „Lieber Geld für Oma statt für Sinti und Roma“ erstattet.
Anfang November teilte der zuständige Staatsanwalt mit, dass er nach Prüfung der Sach- und Rechtslage das Verfahren gemäß § 170 Abs.2 StPO mangels hinreichenden Tatverdachts eingestellt habe, da der Spruch nicht unter den Tatbestand der Volksverhetzung fällt.
- Am 15.11. fand im Hause des SUBV ein Gespräch zur Umsetzung des Beiratsbeschlusses zur Grünpflege statt. Beteiligt waren Herr Schupp als Sprecher des Bauausschusses und Herr Nowack.
Es wurde sich darauf verständigt, dass ein Teil des Budgets zunächst dafür verwendet wird, um im Frühjahr den Bereich der Bahrsplate an der Fähre „aufzumöbeln“
Dabei werden vier Bänke ausgetauscht und drei Bänke ersatzlos abgebaut. Dazu werden neue Papierkörbe und Hinweisschilder aufgestellt, die den Besuchern erklären sollen, dass keine Enten gefüttert werden dürfen.
- Ebenfalls am 15. November besuchte der Beirat die BWK Chemiefaser GmbH.
Im Gespräch mit dem Geschäftsführer wurde vor allem die Haltung der Unternehmen bei der Ausweisung des Trinkwasserschutzgebietes intensiv diskutiert.
Bei der anschließenden Betriebsbesichtigung wurde deutlich, dass das Unternehmen keine „Bude ist, in der mit Chemikalien rungesuppt wird“, sondern ein Veredelungsbetrieb für Kunststofffasern.
- Am 25. November wurde in der Senatskanzlei ein Gespräch mit der SK und der Landeszentrale für politische Bildung wegen des angenommenen Antrags zur Entwicklung des Bunkers Valentin geführt.

Es wurde deutlich, dass die Materie komplexer ist, als beim Beschluss angenommen wurde.

Es wird daher in Kürze ein weiterer Termin in der Reihe „Beirat vor Ort“ geplant, bei dem sich die Beiratsmitglieder über alles informieren können, was zurzeit im Bunker abläuft und für die Zukunft geplant ist.

- Am 27. November haben Herr Schupp als Sprecher des Bauausschusses und Herr Nowack die BREWA besucht und sich über die Haltung des Unternehmens zur Entwicklung des BWK-Geländes informiert
Dabei standen im Mittelpunkt der Diskussionen vor allem die ungelösten Probleme bei den notwendigen Grundstücks-An- und Verkäufen.
Es wurde appelliert, mit der Wirtschaftsförderung und dem Bauamt auch über mögliche Kompromisse und Änderungen an der Streckenführung von Straßen und Wegen zielführend zu arbeiten, weil die Verhandlungen über Ansiedlungen neuer Unternehmen nicht gefährdet werden dürfen.

Im Anschluss werden die Schüler des SZ Blumenthal mit ihrem Trainer Ingo Schiller, die zum wiederholten Mal Bremer Landesmeister im Schulfußball geworden sind, als "Blumenthaler des Monats" geehrt und mit je einer "Blumenthal-Mütze" bedacht.

b.

Es gibt keine Berichte des (stellvertretenden) Beiratssprechers.

Frau Kröger-Schurr berichtet aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kinder- und Jugendinteressen am 25.11.2013. Besonders führt sie die Situation des Vereins Hüs Vini an, der auf der Suche nach einem geeigneten Gebäude zur Einrichtung einer Wohngruppe ist und ruft die Bürgerinnen und Bürger dazu auf, sich ggf. zu melden, sollte ein entsprechendes Gebäude bekannt sein (*Anmerkung der Verwaltung: weitere Information zu der Sitzung sind dem Protokoll der Sitzung zu entnehmen*).

Im Folgenden stellt sie ihre aus der Sitzung resultierenden Beschlussvorschläge vor und zur Diskussion.

Ohne weitere Aussprache werden beide Beschlussvorschläge einstimmig beschlossen.

TOP 4: Wünsche und Anregungen aus dem Beirat

Frau Krohne möchte wissen, ob es einen neuen Sachstand zur Arbeit der Kümmerer gebe, da man bisher keine Ergebnisse gesehen habe und ob nicht Geld zurückgezahlt werden müsse, wenn die Aufgabenerfüllung gemäß Vertrag nicht "hinhalten" würde.

Herr Nowack erklärt, die Immobilienstandortmanager seien seit nunmehr 11 Monaten bei der Arbeit.

Vor einiger Zeit habe es ein Gespräch mit dem Auftraggeber, dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen gegeben mit dem Ergebnis, dass der Vertrag modifiziert werde.

Die Eigentümer der Immobilien würden in Kürze erneut angeschrieben werden, auch ■■■■■ von Frau Krohne werde ein entsprechendes Schreiben erhalten, sie könne dort dann nachfragen.

Frau Krohne meint, diese Aussage gehöre eigentlich nicht hier rein und bittet, das zu Protokoll zu nehmen. Herr Nowack bestätigt, dass der Satz "das gehört hier eigentlich nicht rein" zu Protokoll genommen wird.

Die folgenden Wortbeiträge werden auf Antrag gemäß Tonbandmitschnitt wörtlich protokolliert:

Frau Krohne:

Doof bleibt doof, da helfen keine Pillen.

Herr Nowack:

Frau Krohne, Rüge, das letzte Mal, um das zu klären. Wenn Sie das nochmal machen, werde ich die Sitzung unterbrechen und nicht eher wieder aufnehmen, bevor Sie sich dafür

entschuldigt haben. Ich warte eigentlich sowieso die ganze Zeit auf sowas, nachdem, was Sie mir beim letzten Mal in der Sitzung schon vorgeworfen haben, oder was Herr Schurr mir beim letzten Mal in der Sitzung vorgeworfen hat und Sie hier bewusst Dinge in den Raum gestellt haben, die sich als falsch herausgestellt haben. Den Stil, den haben Sie nicht, aber woher sollen Sie den auch haben..."

Herr Nowack bittet weiter zu überlegen, ob die Art und Weise, wie seitens Frau Krohne mit Menschen umgegangen wird, die versuchen, die Arbeit des Beirats und der Bürgerbeteiligung zu organisieren, richtig sei oder ob damit nicht lediglich Verachtung ausgedrückt werde.

Herr Schurr wünscht sich, dass TOP 8 komplett als Redebeitrag im Protokoll stenografiert wird. Zur Sache möchte er wissen, ob für das Büro der Immobilienstandortmanager, das zurzeit an zwei Tagen wöchentlich vom Präventionsrat der Polizei mitgenutzt wird, ein Mietbeitrag seitens der Polizei gezahlt wird oder ob die Räume unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

Weiter würde er sich freuen, wenn demnächst ein Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung gestellt werden würde dahingehend, dass weitere Vertreter des Beiratssprechers gewählt werden, da zurzeit offensichtlich der Sprecher und dessen Vertreter ihr Amt nicht ordentlich erfüllen könnten.

Herr Nowack antwortet, dies müsse abgewartet werden.

Er bittet, den Begriff "Kümmerer" grundsätzlich durch den Begriff "Immobilienstandortmanager" zu ersetzen, da die Erfahrung gelehrt habe, dass die Bürger und Bürgerinnen mit dem Wort "Kümmerer" Erwartungen verknüpfen würden, die nicht Bestandteil der Aufgabe der Immobilienstandortmanager (Beratung der Eigentümer) wären. Zur ersten Frage erklärt er, die Miete der Geschäftsräume der Immobilienstandortmanager zahle der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen. Mit diesem und dem Eigentümer sei abgeklärt worden, dass die Polizei die Räume zweimal wöchentlich unentgeltlich nutzen könne.

Herr Schurr bittet, seinen ersten Satz bezüglich der Tonbandprotokollierung noch zu beantworten, korrigiert sich jedoch dahingehend, dass er TOP 4 gemeint habe.

Herr Nowack lehnt das Ansinnen ab.

Herr Schurr bittet um Abstimmung.

Es wird darüber abgestimmt, ob der TOP 4 komplett als Wortprotokoll im Protokoll aufgenommen werden soll.

Ergebnis: 3 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Herr Schwarz wendet sich an Herrn Meins mit der Bitte nachzufragen, ob in der Reumer Str. 115 an der Bushaltestelle bereits die vor etwa einem Jahr gemeldete, schadhafte Betonplatte repariert bzw. ausgetauscht wurde. Herr Meins sagt dies zu.

Weiter bittet Herr Schwarz das Ortsamt bei der Wirtschaftsförderung Bremen nachzufragen, ob und wie weit bei der Erschließung des BWK-Geländes der Breitbandausbau berücksichtigt werde.

Außerdem möchte er, dass beim Bauamt Bremen-Nord noch einmal um Kontrolle der äußeren und inneren Statik der ehemaligen Strandhalle gebeten werde, da er Sorge hat, dass mit einer lediglich äußeren "In-Augenscheinnahme" die Standsicherheit im Inneren des Gebäudes nicht feststellbar sei. Er bittet auch feststellen zu lassen, ob jemand wohnlich unter der Anschrift gemeldet ist.

TOP 5: Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung;

- a. **Einrichtung einer Anwohnerparkzone in der Lüder-Clüver-Straße**
- b. **Veröffentlichung der Sachstandsberichte/Gutachten bzgl. der Umweltkontaminationen im Bereich des TL Farge**
- c. **Masterplan für die Sanierung des TL Farge**
- d. **"NS-Denk- und Informationszentrum Bremen-Blumenthal"**

a. Einrichtung einer Anwohnerparkzone in der Lüder-Clüver-Straße

Der Antragsteller stellt seinen Antrag vor und erläutert die Parksituation.

Herr Schwarz bittet, den Bürgerantrag dahingehend zu ergänzen, die Schulbehörde aufzufordern, zur damaligen Situation und der jetzigen Entwicklung Stellung zu nehmen und gfl. den Schulhof als Parkzone mit einzubeziehen.

Frau Kröger-Schurr erklärt, dass der Antrag bereits im Bildungsausschuss angesprochen wurde. Man könne 18jährigen nicht vorschreiben, dass diese nicht mit Auto zur Schule kommen dürften, auch vorzuschreiben, wo sie zu parken hätten, sei nicht möglich. Eine Lösung über die Schulbehörde zu suchen sei ihres Erachtens nicht der richtige Weg.

Herr Meins erläutert, dass eine Bewohnerparkzone nur nach Prüfung durch das Amt für Straßen und Verkehr eingeführt wird, dazu sei ein Antrag nötig. Die dann ggf. ausgewiesene Parkzone sei auch für die Bewohner kostenpflichtig, es könnten sich auch Schwierigkeiten für Besucher ergeben. Die Erforderlichkeit einer Bewohnerparkzone ergibt sich durch die Prüfung. Herr Meins teilt die Einschätzung, dass der vorhandene Parkraum knapp bemessen sei.

Herr Schwarz betont, dass die jetzige Situation durch die Umnutzung der Schule erzeugt wurde und die Schulbehörde deshalb wie andere Geschäftsinhaber auch in die Pflicht genommen werden müsse. Man sollte deren Lösungsvorschläge abwarten.

Herr Nowack ergänzt, dass die Schulleiterin zugesagt habe, an die Schüler zu appellieren, woanders zu parken. Insgesamt sei das Problem jedoch schwierig zu lösen. Er schlägt vor, den Bürgerantrag wie beantragt weiterzugeben und die Ergänzung zur Stellungnahme der Schulbehörde ebenfalls mit aufzunehmen.

Dagegen gibt es keine Einwände.

b. Veröffentlichung der Sachstandsberichte/Gutachten bzgl. der Umweltkontaminationen im Bereich des TL Farge

Ohne weitere Aussprache wird der Bürgerantrag einstimmig unterstützt.

c. Masterplan für die Sanierung des TL Farge

Ohne weitere Aussprache wird der Bürgerantrag einstimmig unterstützt.

d. "NS-Denk- und Informationszentrum Bremen-Blumenthal"

Die Antragstellerin erklärt, der gestellte Antrag sei ihr eine Herzensangelegenheit, weil alle Ausstellungen aus der betreffenden Zeit immer mit Bildern von Gräueltaten endeten. Sie hingegen interessiert, wie diese Ideologie entstanden sei und möchte diesen Gedanken weiter belebt sehen.

Frau Krohne findet den Antrag spannend und geeignet, Blumenthal interessant zu machen. Sie würde den Antrag durchreichen.

Herr Schwarz erklärt, da der Antrag sehr kurzfristig eingereicht worden sei, habe er in der Fraktion noch nicht besprochen werden können. Er bittet um Vertagung in die Januar-Sitzung.

Herr Schupp meint, da die Entscheidung über den Bürgerantrag sowieso woanders läge, könne der Antrag so durchlaufen.

Frau Krohne meint, der Bürgerantrag solle an die zuständigen, übergeordneten Stellen weitergeleitet werden, da diese die entsprechende Sachkenntnis hätten.

Herr Nowack schlägt vor, den Antrag an die Landeszentrale für politische Bildung weiter zu geben und zum Gesprächsgegenstand beim "Beirat vor Ort" zu machen.

Herr Schwarz erklärt sich damit einverstanden, möchte jedoch in die Januar-Sitzung einen Behördenvertreter zum Thema einladen.

Herr Schurr meint, der Antrag könne jetzt durchgewunken werden, eventuell könne im Januar noch zusätzlich Input aus der CDU besprochen werden.

Herr Nowack erklärt, die Tagesordnung für die Januar-Sitzung sei bereits sehr voll, eine weitere Behandlung des Themas durch den Beirat im "Beirat vor Ort" sei sinnvoll.

Es gibt keine weiteren Einwände.

Mündliche Anträge:

Frau Pörtner von der Bürgerinitiative Tanklager Farge stellt die folgenden drei Anträge:

- Gleisarbeiten im Tanklager Farge - Bekanntgabe der Analysen des entfernten Materials
- Einsicht in Abluft-Messergebnisse beim Tanklager Farge
- Sanierungsmöglichkeiten und Amtshilfe bei den Sanierungsmaßnahmen im Tanklager Farge

Die ersten beiden Anträge werden ohne weitere Aussprache unterstützt.

Zum dritten Antrag stellt Herr Schwarz folgenden Änderungsantrag: Da die bisherige Sanierung nicht ausreiche, solle der Senator nachweisen, dass die Sanierung des Grundwassers innerhalb von 10 Jahren möglich sei. Für ihn ist es interessanter, ob die Berechnungen richtig seien.

Frau Kröger-Schurr findet es schade, dass die Anträge nicht schriftlich vorlägen, das Prozedere sei doch bekannt. Zum dritten Antrag meint sie, es gebe inzwischen so viele Anträge, in denen dauernd behauptet würde, dass das Trinkwasser verseucht sei. Die Anträge und Behauptungen kämen immer wieder aufs Neue in einem anderen Wortlaut. Sie fragt, ob schwarz auf weiß nachgewiesen werden könne, dass das Trinkwasser verseucht sei.

Frau Krohne meint, es sei vernünftig, dass die Bürgerinitiative immer wieder nachhaken würde, damit zeige sich nur, dass keine befriedigenden Antworten vorliegen würden.

Herr Schurr erklärt, die Fragen seien inhaltlich auch relevant, aber Behauptungen über nicht nachgewiesene Unterstellungen seien nicht sinnvoll.

Herr Schwarz wendet sich an Frau Kröger-Schurr und erklärt, Bürgeranträge müssten nicht schriftlich eingereicht werden. Die Darstellungen in den Bürgeranträgen seien für ihn nachvollziehbar, nur der dritte Antrag sollte geändert werden.

Frau Pörtner kann die Probleme beim dritten Antrag verstehen und schlägt vor, diesen durch Änderung der Wortwahl ein bisschen zu entkräften.

Sie macht deutlich, dass es genug Brunnen gebe, die verseucht seien. Die Verseuchung läge vor Augen und breite sich aus. Ein Beweis dafür sei der Bürgerinitiative nicht möglich, faktisch geschehe jedoch eine Ausbreitung in südwestlicher Richtung.

Sie ergänzt, dass die Versammlungen der Bürgerinitiative inzwischen dienstags stattfänden, damit die Beiratsmitglieder die Möglichkeit hätten, daran teilzunehmen, leider sei jedoch keines dabei. Die Bürgerinitiative gehe der Sache nach, es sei aber die Aufgabe des Senators, sich um die Angelegenheit zu kümmern. Es sei auch der Senator gewesen, der um weitere Vorschläge zur Sanierung bat.

Herr Nowack bittet um Überarbeitung des dritten Bürgerantrags und schriftliche Zusendung, damit der Antrag entsprechend weitergegeben werden kann.

Er verweist auf den Bericht zur Verwaltung zum Thema, der ab sofort im Internet zu finden sei.

Herr Schupp meint, inhaltlich sei eigentlich nichts Neues in dem Bürgerantrag zu finden. Fragen sollte man, was getan wird, um eine Ausbreitung zu verhindern.

Bürger A fragt, ob man als Bürger eigentlich betteln müsse, damit Politiker aktiv werden. Diese seien doch gewählt, um die Bürgerinteressen zu vertreten.

TOP 6: Projekt „Bildungsbrücke Blumenthal“

dazu: Bernd Klingbeil-Jahr (Friedenskirche Bremen)

Einleitend erläutert Herr Klingbeil-Jahr, dass ein Schulbesuch immer mit "Nebenkosten" verbunden ist aufgrund von Zuzahlungen zu Klassenfahrten, Sprachreisen, Mittagessen, Büchern, Taschenrechnern, Nachhilfe etc.

Eine Erhebung ergab, dass diese Nebenkosten sich pro Kind pro Jahr auf etwa 325,- Euro in der Grundschule aufsummieren, in den oberen Klassenstufen entsprechend mehr.

Da jedes 3. Kind an der Armutsgrenze lebt, sind diese Kinder oft vom Schulalltag ausgegrenzt, weil sie beispielsweise am Tag des Ausflugs "krank" gemeldet werden.

Klassenfahrten werden zwar teilweise vom Amt finanziert, diese Finanzierung unterliegt aber starken Auflagen, die viele Eltern überfordern.

Der Schulerfolg in Deutschland ist jedoch auch stark abhängig vom sozialen und finanziellen Umfeld.

Im Bremer Stadtteil Mitte / östliche Vorstadt wurde deswegen vor ca. 5 Jahren eine eigene Initiative "Bildungsbrücke" gegründet, die inzwischen zu einem breiten Bündnis geworden ist und Kindern aus armen Familien helfen soll, die schulischen Nebenkosten zu schultern.

Mit Erfolg werden inzwischen ca. 42.000 Euro im Jahr an Geringverdiener bzw. Hartz-IV-Empfänger verteilt.

Die Initiative lebt von der Nähe im Stadtteil. Innerhalb der Jury (ca. 9-10 Personen, die sich aus Eltern, Kirche, Ortsamt, Haus der Familie ..zusammensetzten), die über die Vergabe der Gelder entscheidet, gibt es einen Vertrauensrat, der vertraulich mit Informationen über die Lebenssituation der Familien umgeht. Anträge sind auch in mündlicher Form möglich, da sich ein schriftlicher Antrag oft schon als Barriere herausstellt.

Vertreter der Schule sitzen bewusst nicht mit in der Jury, damit nicht der Leistungsgedanke mit einer Förderung verknüpft wird. Allerdings sind die Schulen in der Initiative aktiv beteiligt.

Wichtig ist der persönliche Kontakt. Die große Nähe im Stadtteil wird genutzt, um auch Anerkennung für Eltern aussprechen zu können. Eine Kontaktperson bespricht mit der Familie, in welcher Form diese das Geld bekommt (Ratenzahlungen, Einmalzahlung ..).

Die Spender erfahren niemals, wer ihr Geld bekommt. Auch die Spenden leben vom Vertrauen, gleichwohl gibt es ein anonymisiertes Rechnungsprüfungsverfahren.

Die Anschubfinanzierung erfolgte durch die Bremische evangelische Kirche und durch die Beiräte Mitte / östl. Vorstadt (Globalmittel). Die Beiräte geben zurzeit ca. 6.000,00 Euro im Jahr. Seit einiger Zeit gibt es die Kindergeldstiftung Bremen, gegründet von reichen Eltern, die das Kindergeld aufgrund ihres Einkommens nicht benötigen und deshalb stiften.

Sollte in Blumenthal eine Bildungsbrücke initiiert werden, sagt die Kindergeldstiftung für Blumenthal für die ersten drei Jahre eine Zahlung von jährlich 10.000,00 Euro fest zu.

Herr Nowack berichtet, dass es im Haus der Zukunft ein Vorgespräch mit Teilnahme der Schulen zum Thema gegeben habe. Der Bedarf einer Bildungsbrücke in Blumenthal wird durchaus gesehen. Der Förderverein Bürgerstiftung Blumenthal e. V. würde als Partner für die Abwicklung zur Verfügung stehen. Ein Förderer hat bereits zugesagt, seine Förderung zweckgebunden jährlich um 2.500,00 Euro zu erhöhen, sollte die Bürgerstiftung in das Projekt Bildungsbrücke einsteigen.

Herr Schwarz meint, es handele sich um ein spannendes, interessantes Projekt. Er interessiert sich für die Rechnungsbelege und möchte wissen, ob es einen Nachweis gibt, dass das Geld den bedürftigen Kindern zugute gekommen ist. Er erwähnt, dass die Gesamthöhe der Globalmittel in Blumenthal nicht so hoch sei und regt an, das Projekt erst einmal für zwei Jahre zu unterstützen.

Herr Klingbeil-Jahr erklärt, dass eine Prüfung der Bedürftigkeit in der Regel nicht eingehend durchgeführt wird. Das habe aber nichts mit Naivität zu tun, man achte vielmehr darauf, dass Familien, die bereits in einer prekären Situation seien, nicht noch mehr in eine Bittstellersituation gedrängt werden. Durch die Nähe im Stadtteil kenne man in den meisten Fällen die Familien.

Herr Schwarz präzisiert, dass es ihm nicht um die Prüfung der Bedürftigkeit, sondern um die Abrechnung gehe. Würden z. B. Quittungen ausgestellt?

Herr Klingbeil-Jahr erwidert, dass es keine Einzelgeldquittungen gebe. Quer durch alle Schularten gibt es Pauschalen, es muss nicht einzeln geprüft werden. Selten kommt es vor, dass eine Schule zurückmeldet, dass eine Familie zwar von der Bildungsbrücke bedacht wurde, die Kinder aber immer z. B. noch ohne Turnschuhe in die Schule kämen. In solchen Fällen werden miteinander geredet.

Herr Ehmke möchte wissen, ob, wenn Zahlungen geleistet werden, diese für Aktionen gedacht seien und/oder an bestimmte Personen gezahlt werden.

Herr Klingbeil-Jahr erläutert, dass es einmal den Fall gab, dass das Geld an eine Klassenlehrerin gezahlt wurde. Das habe sich aber als nicht gut erwiesen. Deswegen gibt es eher konkrete Lösungen im Einzelfall.

Auf Nachfrage von Herrn Christahl erklärt Herr Klingbeil-Jahr, dass die ausgeteilten Flyer der Bildungsbrücke gerne auf Blumenthaler Verhältnisse "umgebaut" werden dürfen, genau wie die ganze Idee der Bildungsbrücke.

Herr Nowack informiert darüber, dass es am 15.01.2014 einen Workshop mit Planung im Haus der Zukunft geben werde. Er fügt an, dass die Beiräte Mitte / östl. Vorstadt eine geringere Zuweisung an Globalmitteln erhalten als Blumenthal. Weiter teilt er mit, dass der Vorstand der Kirchengemeinde Farge-Rönnebeck erklärt hat, sich gerne an dem Projekt beteiligen zu wollen.

Herr Pfaff möchte noch wissen, wie die Gelder eingeworben werden und ob Spendenquittungen ausgestellt werden.

Herr Klingbeil-Jahr erklärt, man wende sich u. a. an Einzelhandelsorganisationen, werbe auf dem Viertelfest und in der Stadtteilöffentlichkeit und gehe allgemein "Klinken putzen". Da das Thema Bildungsgerechtigkeit sei und gleichzeitig etwas für den Stadtteil getan werde, sei man recht erfolgreich.

Die Ausstellung von Spendenquittungen übernimmt ehrenamtlich die Weserterrassenstiftung, da die Bildungsbrücke sich nicht als Verein aufstellen will.

**TOP 7: Kinder- und Jugendförderung im Stadtteil, Budgetplanung 2014
dazu: Mathias Ehmke (Amt für soziale Dienste)**

Herr Schwarz macht deutlich, dass der Beirat sich zwar freue, dass man über die Budgetplanung rede, dass es aber im Vorfeld keine Informationen zur Vorbereitung gegeben habe.

Herr Schurr schließt sich der Aussage von Herrn Schwarz an und stellt den Antrag, dass über keine Beschlüsse zum Tagesordnungspunkt abgestimmt wird.

Herr Schwarz spricht dagegen.

Über den Antrag wird mit folgendem Ergebnis abgestimmt:
2 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen.
Frau Krohne ist zu dem Zeitpunkt nicht anwesend.

Herr Ehmke erklärt, dass die Budgetplanung bereits auf der großen Beteiligungsrunde vorgestellt wurde. Dazu waren auch die Mitglieder des Controlling-Ausschusses eingeladen, eine Einladung mit Unterlagen wurde per Mail versandt, die Blumenthaler Vertreter hätten sich jedoch entschuldigt bzw. waren nicht dabei.

Herr Schwarz erklärt, es sei nichts angekommen.

Man einigt sich darauf, beim nächsten Mal die Zahlen im Vorfeld bekannt zu geben.

Herr Ehmke stellt dann anhand einer Excel-Tabelle die Zuwendungsplanung 2014 vor und erläutert einzelne Positionen.

Man habe etwas das gleiche Budget wie 2013. Entsprechend der vorangegangenen Zuwendungen wurden neue Anträge eingereicht. Die Struktur der Angebotsformen ist etwa die gleiche wie im Jahr 2013. Kostensteigerungen gibt es im Bereich der Nebenkosten und Gehälter bei den Jugendfreizeitheimen. Der Jugendtreff in der Bürgermeister-Kürten-Straße verzeichnet Einsparungen. Da das Jugendhaus Lüssumer Heide sich aufgelöst hat, sind dort nur noch die halben Kosten aufgeführt, der übrige halbjährliche Betrag wird für das Spielhaus reserviert.

Neu sind Angebote von Epsymo e. V. und der Schülertreff der evangelisch reformierten Gemeinde mit Erweiterung.

Herr Ehmke geht davon aus, dass, vorbehaltlich der Haushaltsgenehmigung das Geld für 2014 zur Verfügung steht.

Veränderungen für 2015 sind möglich über die Entwicklung der Jugendbevölkerung, Mutmaßungen darüber sind aber noch spekulativ.

Herr Schwarz erklärt, da die Zustimmung des Beirats gebraucht werde, wolle man keine Steine in den Weg legen. Im nächsten Jahr sei aber die Information des Beirats im Vorfeld zwingend erforderlich.

Herr Ehmke und Herr Nowack sagen dies zu.

Herr Schurr erklärt, es tue ihm leid, aber er könne nicht zustimmen. Die Informationen hätten vorher eingereicht werden müssen; bereits im letzten Jahr sei man nicht informiert worden. Der Fehler sei damals schon im Haus der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen passiert, aber an dem fehlerhaften Sachverhalt habe sich nichts geändert.

Herr Schupp erklärt, da es gegenüber dem Vorjahr kaum Änderungen gebe, werde die SPD-Fraktion zustimmen.

Herr Ehmke erklärt noch einmal, dass er davon ausging, dass die Beiratsvertreter die Informationen transportieren. Er bittet um eine Zeitanzeige, wie lange vorher im Jahr 2014 die Unterlagen vorliegen sollen.

Auf Nachfrage von Frau Kröger-Schurr erklärt Herr Ehmke, dass die relativ kurzfristigen Entscheidungsrythmen so spät liegen, weil die Haushalte vorher nicht beschlossen seien und es dadurch kein gesichertes Budget gebe. Die Signale aus den Ressorts seien aber erforderlich, um überhaupt eine Antragsprüfung vornehmen zu können. Er werde versuchen, den Zeitplan so umzustellen, dass die Informationen zukünftig rechtzeitig an die Beiräte gehen können.

Mit 10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen wird der Budgetplanung zugestimmt.

TOP 8: Flächennutzungsplan für Lüssum-Bockhorn (An der Landesgrenze)

Herr Nowack erläutert, dass der Beirat in seiner Sitzung am 19. April 2013 dem Flächennutzungsplan widersprochen habe.

Grund war seinerzeit eigentlich die Tatsache, dass sich der Beirat damit überfordert fühlte, sich innerhalb der vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr gesetzten Frist qualifiziert zu äußern.

Der Widerspruch steht immer noch in den Akten und der Beirat könne jetzt den Widerspruch für das Gebiet an der Landesgrenze bestätigen.

Damit wäre die Zustimmung zum Entwurf des FNP vom 26. August 2013 hinfällig.

Herr Schurr merkt an, er habe bereits in der letzten Sitzung darauf hingewiesen, dass ein Wunsch des Beirats gemäß § 29 Abs. 4 des Gesetzes für Ortsämter und Beiräte, dass der Ortsamtsleiter einen Vorschlag zur Sache entwerfe, nicht vorliegt.

Herr Nowack erläutert, dass der entsprechende Paragraph für den Fall, dass ein Ortsamtsleiter die Einwicklung von Vorschlägen nicht zu seinen Aufgaben zähle, im Gesetz verankert worden sei. Wenn aber in jedem Fall eine Einzelfallentscheidung gewünscht werde, warte er zukünftig gerne das jeweils mehrheitliche Beiratsvotum ab, bevor er tätig werde.

Nachdem Herr Schurr noch einmal den § 29 Abs. 4 vorgelesen hat, macht Herr Schwarz deutlich, dass diese Diskussion lediglich von zwei, drei Personen aufgegriffen worden ist. Wenn denn ein Beschluss gefasst werden müsse, dass der Ortsamtsleiter auch zukünftig ohne Einzelfallentscheidung dem Beirat Vorschläge unterbreite, auch um ggf. Fristen zu wahren, erhebe er dies hiermit zu einem Antrag.

Über den Antrag wird abgestimmt.

Ergebnis: 10 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen

Bürgerin B möchte wissen, inwieweit die Bürgerbeteiligung zur Neugestaltung Einfluss auf den Flächennutzungsplan (FNP) genommen habe. Laut den vorliegenden Plänen sage die Bürgerbeteiligung klar "nein".

Herr Nowack bittet darum, diese Pläne digital zur Verfügung zu stellen. In wie weit die Bürgereingaben in die Bewertung eingeflossen seien, könne er nicht sagen. Der Senator habe gesagt, dass die Bürgerbeteiligung voll übernommen worden sei; damit stehe er in Kontrast zum Beiratsbeschluss.

Grundlegend sei die Frage der Definition des Gebiets der Binnendüne, mit deren Klärung sei eine Basis vorhanden, auf der sich verhalten werden könne.

Der Neuentwurf des FNP wurde leider bis zum 30.11.2013 nicht vorgelegt.

Frau Kröger-Schurr meint, vielleicht wäre Herr Lecke-Lopatta mit anderen Erkenntnissen gekommen.

Herr Nowack erläutert, dass Herr Lecke-Lopatta nicht anwesend sei, weil es keine neuen Erkenntnisse seit der Sitzung des Bauausschusses im Oktober gebe.

Herr Schurr fragt nach, ob es eine Begründung gibt, dass Herr Lecke-Lopatta nicht erschienen sei.

Herr Nowack wiederholt, dass Herr Lecke-Lopatta keinen neuen FNP-Entwurf hätte präsentieren können.

Die Abgabefrist für den FNP in die Deputation ende am 6. Februar 2014. Sollte der dann eingereichte Entwurf im Widerspruch zum Beiratsvotum stehen, müsse der Beirat sich neu positionieren.

Herr Schwarz macht deutlich, dass man sich schon vor seiner Zeit im Beirat mit dem Baugebiet befasst habe und die jetzige Beschlusslage auf einer deutlich abgespeckten Version basiere. Er bittet um Abstimmung.

Über den Vorschlag von Herrn Nowack wird abgestimmt.
Ergebnis: 9 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung.

TOP 9: Anfragen und Anträge der Parteien

- a. **CDU – Sachstand zur möglichen Stilllegung des Tanklagers Farge**
- b. **SPD – Für Blumenthal einen Kultur-Treffpunkt entwickeln**
- c. **Die Linke – Anfrage zum "verkehrlichen Gutachten"**
- d. **Die Linke – Antrag "Impulsmittel – Streichung von Stadtteil-Fördermitteln führt zur Verschärfung der sozialen Lage"**
- e. **Die Linke – Antrag: Die U3-Betreuungsquote und die Anzahl an Plätzen mit einer Betreuungszeit von 8 Stunden muss in Blumenthal dringend ausgebaut werden**
- f. **Die Linke – Anfrage bezüglich der Angebote zur Sprachförderung von Kindern in Blumenthal**
- g. **Bündnis 90 / Die Grünen – Änderungsantrag zum SPD-Antrag "Kultur-Treffpunkt"**
- h. **Bündnis 90 / Die Grünen – Antrag "Einschränkungen im Schienenverkehr des ÖPNV (NordWestBahn RS1)**
- i. **Herr Klingenberg – Dringlichkeitsantrag zur Verwendung von Streusalz im Winter**

a. CDU – Sachstand zur möglichen Stilllegung des Tanklagers Farge

Frau Kröger-Schurr richtet an die CDU-Fraktionsmitglieder die Frage, ob diese das Schreiben der Senatorin für Finanzen, das im internen Bereich zur Verfügung steht, gelesen hätten, darin würden schon einige Antworten zum vorliegenden Antrag enthalten sein. Frau Linnert habe sie persönlich angeschrieben und erklärt, sie habe nie gesagt, dass das Tanklager geschlossen werde. Der Bund lasse lediglich Schließungs- und Vermarktungsszenarien prüfen.

Herr Schwarz erklärt, der Antrag werde aufrechterhalten.

Herrn Schurr erschließt sich der letzte Satz des Antrags nicht.

Herr Schwarz bittet um Abstimmung.

Über den Antrag wird abgestimmt.
Ergebnis: 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

b. SPD – Für Blumenthal einen Kultur-Treffpunkt entwickeln
und

g. Bündnis 90 / Die Grünen – Änderungsantrag zum SPD-Antrag "Kultur-Treffpunkt"
Frau Stitz erklärt, der Änderungsantrag könne mit aufgenommen werden und über beide Anträge gemeinsam abgestimmt werden.

Über beide Anträge wird gemeinsam abgestimmt.

Ergebnis: 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

c. Die Linke – Anfrage zum "verkehrlichen Gutachten"

Ohne weitere Aussprache wird die Anfrage mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen.

d. Die Linke – Antrag "Impulsmittel – Streichung von Stadtteil-Fördermitteln führt zur Verschärfung der sozialen Lage"

Herr Schwarz fragt nach, in welcher Höhe die Mittel gestrichen werden sollen.

Frau Krohne antwortet, die Mittel sollen 2 Jahre lang eingefroren werden, es solle 2 Jahre lang keine Gelder mehr geben.

Über den Antrag wird abgestimmt.

Ergebnis: Ergebnis: 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

e. Die Linke – Antrag: Die U3-Betreuungsquote und die Anzahl an Plätzen mit einer Betreuungszeit von 8 Stunden muss in Blumenthal dringend ausgebaut werden

Herr Schwarz meint, dass intern gewisse Abfragen gemacht wurden und möchte wissen, woher die im Antrag genannte Bedarfsermittlung und Abfrage komme.

Frau Krohne erklärt, es handele sich um die Ergebnisse einer Armutskonferenz verschiedener Gruppierungen. Das Institut für Arbeit und Wirtschaft habe die Zahlen vorgestellt, die von den Bürgerschaftsfraktionen geprüft worden seien.

Frau Stitz meint, da das Thema in der Bürgerschaft behandelt werde, erübrige sich der Antrag.

Herr Schwarz schlägt vor, den Antrag zurückzusetzen und das Ergebnis der Stadtbürgerschaft abzuwarten.

Frau Krohne erklärt sich einverstanden und bittet, den Antrag in der Januar-Sitzung erneut aufzurufen.

f. Die Linke – Anfrage bezüglich der Angebote zur Sprachförderung von Kindern in Blumenthal

Ohne weitere Aussprache wird die Anfrage mit 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen angenommen.

h. Bündnis 90 / Die Grünen – Antrag "Einschränkungen im Schienenverkehr des ÖPNV (NordWestBahn RS1)"

Herr Schurr erläutert den Antrag.

Ohne weitere Aussprache wird über den Antrag abgestimmt.

Ergebnis: 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

i. Herr Klingenberg – Dringlichkeitsantrag zur Verwendung von Streusalz im Winter

Über die Dringlichkeit des Antrags wird abgestimmt.

Ergebnis: 2 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 11 Enthaltungen.
Der Antrag wird in die Januar-Sitzung vertagt.

TOP 10: Verschiedenes

Herr Nowack gibt folgende Termine und Informationen bekannt:

- 11.12.2013 11.30 Uhr – 1. Spatenstich „Spielraum Bahrsplate“ – Projekt der Bürgerstiftung Blumenthal
- 13.12. bis 15.12.2013 „Burgleuchten“ – Blumenthaler Weihnachtsmarkt auf der Burg Blomendal
- 20.12.13 bis 03.01.2014 Weihnachtspause im Ortschaftsamt Blumenthal
- 29.12.2013 ab 12.45 Uhr Amateur-Hallenturnier um den Sparkassen-Cup in der ÖVB-Arena
- 09.01. bis 14.01.2014 50. Bremer Sixdays in der ÖVB-Arena
- 13.01.2014 19.00 Uhr öffentliche Sitzung des Beirats Blumenthal im SZ Eggestedter Straße
- 15.01.2014 14.00 bis 19.00 Uhr Workshop „Bildungsbrücke Blumenthal“ im Haus der Zukunft, Lüssumer Heide 6

Herr Nowack schließt die öffentliche Sitzung um 21.44 Uhr.

Ortsamtsleiter

Beirat (Herr Schwarz)

Protokoll